

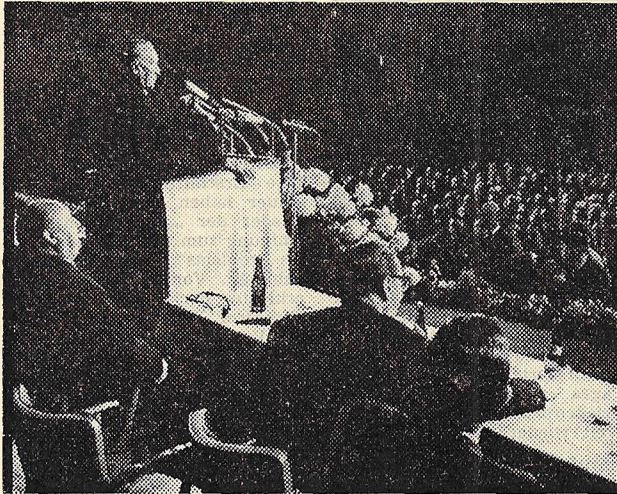
Adenauer in der Deutschlandhalle:

„Uneinigkeit hilft nur dem Kreaml“ „Berlin wird nie aufgegeben“

Berlin (Eigenbericht). Vor über 12 000 Berlinern hat Bundeskanzler Adenauer am 22. November in der Deutschlandhalle festgestellt, nach Rückkehr des Bundespräsidenten am 5. Dezember werde die Regierungskrise hoffentlich „ad acta“ gelegt werden können. Diese Krise sei völlig überflüssig gewesen. Wenn man hinter dem „warmen Ofen“ sitze, denke man nicht daran, daß man die Sowjets mit solchen überflüssigen Zerwürfnissen nur darin bestärke, daß der Westen uneinig sei. Die Pfiffe einiger Dutzend Demonstranten gingen in dem großen Beifall der Tausenden unter. Den Berlinern rief er zu: „Sie werden niemals verlassen werden, weder von Ihren Landsleuten noch von Ihren Verbündeten.“

Entscheidend sei bei allen seinen Überlegungen, betonte Adenauer weiter, ob man damit Berlin, der Zone und der Wiedervereinigung helfe oder nicht. Unter diesen Perspektiven beurteilte dann der Kanzler auch die „Spiegel“-Affäre. Jeder in Deutschland sollte vor dem Obersten Deutschen Ge-

richtshof Respekt haben. Der Bundesregierung komme es vor allem darauf an, die Leute ermitteln zu sehen, die dem „Spiegel“ Geheimnisse verraten hätten. Er nehme den Landesverrat sehr ernst, denn er könne Millionen Deutschen das Leben kosten.



Bundeskanzler Adenauer in der Berliner Deutschlandhalle. Auf der Tribüne von links: Bundesminister Lemmer und Bürgermeister Amrehn. (Foto: Wunnicke)

Mikojans Auftrag

A. S. Die militärische Seite des Kuba-Problems ist mit der Bereitschaft Moskaus, seine auf der Insel stationierten Düsenbomber mitsamt dem militärischen Personal abzuziehen, im wesentlichen gelöst. Es hat lange gedauert, bis Mikojan seinen bärtigen Verhandlungspartner so weit hatte. In den Gesprächen, die er nach seinem Eintreffen in New York mit U Thant und dem amerikanischen Chefdelegierten bei den Vereinten Nationen führte, dürfte deshalb die militärische Seite der Kuba-Frage kaum noch eine größere Rolle spielen.

★

Aus den spärlichen Andeutungen Mikojans geht vielmehr hervor, daß es ihm jetzt vor allem darauf ankommt, eine amerikanische Garantie für die Existenz des Castro-Regimes auf der Zuckerinsel sozusagen ad infinitum zu erhalten. Castro wäre dann bereit, eine UNO-Inspektion auf Kuba zuzulassen.

Daraus könnte man zunächst einmal schließen, daß der kubanische Diktator sich doch nicht so fest im Sattel fühlt, wie er es nach außen hin so gerne vorgibt. Es ist aber durchaus möglich, daß Castro mit dieser Forderung, die ja im übrigen nicht neu ist, seinen Rücken decken will.

★

Das Ansinnen der Sowjets zielt indessen auch in eine andere Richtung. Wenn es Castro gelingen sollte, eine amerikanische Garantie für die Existenz seines Regimes zu erhalten, dann hätte er eine ganz

(Fortsetzung auf Seite 4)

Lübke: Wir stehen an der Seite Indiens

Glanzvoller Empfang in der indischen Hauptstadt für den Bundespräsidenten

Neu Delhi (ap/dpa/upi). Bundespräsident Lübke hat bei einem Empfang, den die indische Hauptstadt für ihn gab, betont, daß die Sympathien der Bundesrepublik im Grenzkonflikt zwischen Indien und China „voll und ganz auf der Seite Indiens“ seien. Er bezeichnete die chinesischen Übergriffe als „eine brutale Aggression“, der sich die friedliebende Bevölkerung Indiens zu erwehren habe. Gleichzeitig wies der Bundespräsident auf die großen Fortschritte Indiens auf wirtschaftlichem Gebiete hin.

Zuvor hatte Nehru vor 5000 Gästen den Bundespräsidenten als eine Persönlichkeit charakterisiert, die ihr ganzes Leben für die Prinzipien der Freiheit eingetreten sei und sich nicht dem Hitler-Regime gebeugt habe. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Lübke als Landwirtschaftsexperte einige Verbesserungs-

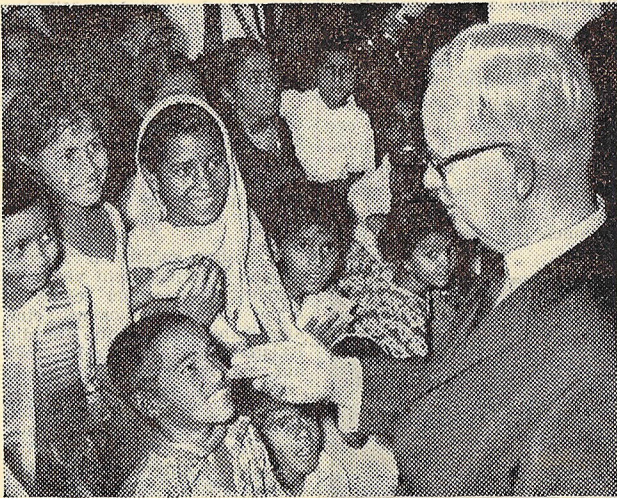
durch die Präsidentenleibgarde in ihren malerischen roten Röcken und goldenen Turbanen erhöht.

Auf dem Empfang in der roten Festung erinnerte Lübke auch daran, daß die Bundesrepublik eine geteilte Hauptstadt habe. Er wies darauf hin, daß die Mauer durch Berlin viele Familien brutal vonein-

Radhakrishnan, für Ministerpräsident Nehru und das indische Kabinett einen Empfang. Vorher hatte Lübke am Grabe Gandhis, den er als „Vater Indiens“ bezeichnete, einen Kranz niedergelegt.

Schröder zu Berlin

Auch Bundesaußenminister Schröder nahm gestern auf einer Pressekonferenz in Neu Delhi zum indisch-chinesischen Grenzkonflikt und der allgemeinen weltpolitischen Frage Stellung. Schröder erklärte, daß Regierung und Bevölkerung der Bundesrepublik die chinesische Aggression einschränkungslos verurteile. Er teilte mit, daß in diesen Tagen weitere Gespräche mit der indischen Regierung darüber geführt würden, wie die Bundesrepublik am besten zu den indischen Verteidigungsbemühungen beitragen könne. Schröder ging auch auf die Berlin-Frage ein. Er vertrat die Auffassung, daß die Sowjetunion sich jetzt vielleicht in der Frage eines freien Zugangs nach West-Berlin und des Schutzes der Rechte der Bevölkerung geneigter zeigen könnte. Der Außenminister dankte der indischen Regierung in diesem Zusammenhang für ihr „Verständnis“ und ihre „moralische Unterstützung“ in der Frage der deutschen Wiedervereinigung.



Einen Abstecher nach der Flüchtlingsstadt Korangi unternahm Bundespräsident Lübke in Pakistan.

vorschläge für die indische Landwirtschaft gemacht habe, die von der Regierung aufgegriffen werden würden.

Farbenprächtiges Bild

Bei dem Empfang in der aus rotem Sandstein gebauten Festung, in der der englische König Georg V. im Jahre 1911 zum Kaiser von British-Indien gekrönt worden war, leuchteten Hunderte von Glühbirnen im Innenhof der Festung auf. Das farbenprächtige Bild wurde

ander trenne. Unter der Tragik und dem Widersinn dieser Situation lebten die Deutschen in Ost und West, die jedoch darauf vertrauten, daß es eines Tages gelingen werde, den Frieden und die Freiheit in der Welt wiederherzustellen.

Empfang in der Botschaft

Im Anschluß an den Empfang der Bürgerschaft von Neu Delhi gab der deutsche Botschafter von Duckwitz für den indischen Staatspräsidenten

Japan wirbt für Berlin

Berlin (Eigenmeldung/dpa). Ihre Erschütterung über die Mauer haben gestern 32 Mitglieder der „Japanischen Vereinigung zum Studium des Berlin-Problems“ zum Ausdruck gebracht. Vor Pressevertretern erklärte der Geschäftsführer, Professor Yoshiaki, es sei Ziel der Vereinigung, die japanische Öffentlichkeit über das Berlin-Problem in allen Einzelheiten zu unterrichten. So habe man zum Beispiel Flüchtlinge nach Japan eingeladen, eine Fotoausstellung veranstaltet und 25 000 Berlin-Broschüren verteilt. Bei einem Empfang wurden Parlamentspräsident Bach unter anderem Zeichnungen japanischer Schulkinder übergeben.

SED-Befehle für die „Grenzwächter“

Geflüchteter Zonengefreiter erzählt über „erhöhte Anforderungen“ und Schußwaffengebrauch

Berlin (dpa) Die zehntausend Angehörigen der I. und II. Grenzbrigade der Sowjetzonen-Grenzpolizei, die um West-Berlin herum stationiert sind, sehen dem Jahresende mit gemischten Gefühlen entgegen. Die Polizeioffiziere der Einheiten weisen im Unterricht immer wieder darauf hin, daß in diesem Jahr „noch erhöhte Anforderungen an die Soldaten an der Grenze gestellt werden“. (Die Grenzpolizei ist Teil der Sowjetzonen-„Volksarmee“.) Auch der Präsident der „Volkskammer“ des Scheinparlaments der Zone, Dieckmann, hat auf einem Forum der I. Grenzbrigade das gleiche gesagt. Weder die Politoffiziere noch Dieckmann erläuterten diese orakelhaften Ankündigungen.

Kunde über diese Vorgänge in der Zonengrenzpolizei nach West-Berlin brachte ein 20jähriger Gefreiter in der I. Grenzbrigade, der Mitte dieses Monats den Sprung über die Mauer gewagt hatte. Der kleine, schlanke, dunkelhaarige junge Mann aus Sachsen, der jetzt in der Bundesrepublik seinem erlernten Beruf als Betonbauer nachgehen will, hatte diese Flucht seit langem geplant. Vater und Mutter sind in der Zone geblieben. Sie durften nicht einmal etwas von den Absichten ihres Sohnes wissen. Er hatte nur 14 Tage an der Grenze gestanden. Dann ergab sich eine Möglichkeit, nach West-Berlin zu fliehen.

Der Flüchtling lächelt, als er sagt, daß er noch am 15. November die Mitglieder des Abgeordnetenhauses in Bussen auf der anderen Seite der Mauer entlangfahren sah. Acht Stunden hintereinander stehen die Grenzpolizisten dort, die Maschinenpistole umgehängt. Zwischen jeder Wache liegen 16 Stunden, ausgefüllt mit Schlafen und dem normalen Kommissariat.

Freizeit? Zu Beginn der Kubakrise wurde Ausgangssperre verfügt, die jetzt für Verheiratete und bei Familienergebnissen etwas gelockert worden ist. Aber nur für den Raum von Ost-Berlin, und der Beurlaubte muß bei einer Alar-

mierung in spätestens 120 Minuten im „Stützpunkt“ sein.

Im Winter . . .

Ausgangssperre bedeutet aber noch mehr: Alkoholverbot. Kein Bier, kein Schnaps, und von den Anschlagssäulen jenseits der Mauer lockt es mit raffinierten Mitteln der modernen Werbung: „Durst wird durch Bier erst schön“. Wenn's da nicht manchmal einen mitfühlenden Zivilisten gäbe, der eine Flasche Bier besorgte.

Ja, die Haltung der Ostberliner schwankt zwischen tiefster Ablehnung und direkter Anteilnahme mit den frierenden jungen Burschen. Vor allem ältere Frauen haben ein freundliches Wort, sind doch jetzt auch Wehrpflichtige in den Reihen der Grenzwächter.

Glaubt man angesichts der Ankündigung der Politoffiziere, daß die Mauer bald fallen wird? Der ehemalige Gefreite antwortet nur, „es ist uns gesagt worden, daß wir Postenhäuschen mit Heizung bekommen sollen. Das läßt wohl nicht darauf schließen.“

Erst Anruf und Warnschuß

Der geflüchtete Gefreite hatte sich innerhalb des sogenannten FDJ-Aufgebots nach dem 13. August 1961 zur Volksarmee gemeldet und hatte ein Jahr bei den Panzern in Kottbus gedient. Dann bot sich eine Gelegenheit, sich zur Grenzpolizei versetzen zu lassen. 340 Ostmark netto erhielt er dort als Gefreiter. Ein Wehrpflichtiger bekommt 125 Ostmark.

In einem vierwöchigen Lehrgang bei der IV. Grenzbrigade in Zwickau lernte er das „Einkmaleins“ der Grenzwächter kennen. Darüber berichtet der geflüchtete Gefreite:

Punkt 1: Wer aus dem SED-Staat fliehen will, ist entweder ehemaliger Agent oder kriminell.

Punkt 2: Eine Flucht ist auf jeden Fall zu verhindern. Die Schußwaffenbestimmungen sind inzwischen etwas modifiziert worden, wie auch die Grenzposten glauben, wegen des internationalen Echos, das die Ermordung Peter Fechters ausgelöst hat. Die Bestimmungen

lauten: Bei „Grenzverletzungen“ zuerst Anruf „Halt, stehenbleiben, Grenzposten“, dann Warnschuß in die Luft, dann gezielter Schuß.

Neu ist jedoch die Anordnung: Wenn ein Flüchtling direkt an der Mauer ist und ein Schuß auf ihn nach West-Berlin gehen oder der Betroffene auf Westberliner Gebiet fallen könnte, darf nicht mehr geschossen werden. Bemerkenswert ist, daß im Unterricht gesagt wird, wenn sich die beiden an der Mauer erschossenen Grenzpolizisten Göring und Huhn „taktisch richtig verhalten“ hätten (also nach diesen Vorschriften), dann lebten sie heute noch. Dies widerspricht der SED-Propaganda, daß diese beiden Ost-Grenzer von „bösen Westberlinern kaltblütig ermordet“ wurden.

Mit allen Mitteln wird versucht, der Fluchtbewegung in den eigenen Reihen Einhalt zu gebieten. Ein Militärstaatsanwalt der „Volksarmee“ bereist mit einem angeblich vor sechs Monaten geflüchteten und wieder zurückgekehrten „Volksarmisten“ die Einheiten. Der reumütige „Abtrünnige“ berichtet dann, in der Bundesrepublik gebe es keine Arbeit für geflüchtete Zonenarmisten, der Lebensstandard sei so schlecht, daß er, der Wiedergekehrte, lieber in der „DDR“ ins Zuchthaus gehe, als im Westen zu bleiben. Im Laufe des Gesprächs gibt der wiedergewonnene Sohn der Arbeiterklasse aber auch zu, daß er in der Bundesrepublik zu Gefängnis verurteilt wurde, weil er einen Automaten knackte — selbstverständlich aus Not, wie er sagte.

Der geflüchtete Gefreite glaubt jedoch, daß ihm noch viele Grenzer folgen werden.



Liebe Leser!

Wir wollen gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Kurt Hoffmann, Berlin-Tempelhof, Siegertweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.

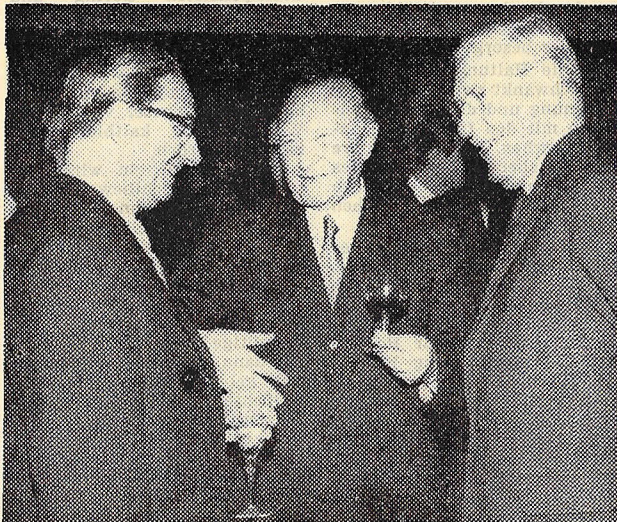
Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin 42, Manfred-von-Richthofen-Straße 2

Macmillan am 19. Dezember bei Kennedy

Washington / London (upi). Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan werden am 19. und 20. Dezember auf den Bahama-Inseln zusammentreffen. Dem Treffen des amerikanischen und des britischen Regierungschefs geht am 15. und 16. Dezember eine Zusammenkunft Macmillans mit de Gaulle auf dem Schloß Rambouillet bei Paris voraus.

Bei beiden Konferenzen dürften alle weltpolitischen Pro-

bleme, wie Kuba, Indien-China, Berlin und wahrscheinlich auch Englands EWG-Beitritt, zur Sprache kommen. Macmillan erklärte, es werde sich um praktische Probleme handeln, deren Lösung gegenwärtig möglich sein könnte. Er erwähnte einen Nichtangriffspakt zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt, die Abrüstung und den sogenannten Rapackiplan, der eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa vorsieht.



Bürgermeister Amrehn gab kürzlich einen kleinen Geburtstagsempfang im Rathaus Schöneberg. Angeregt unterhielt er sich mit dem Bundeskanzler und Sonderminister Krone.

Mikojans Auftrag

(Fortsetzung von Seite 1)

andere Ausgangsbasis für weitere Subversionen und Infiltrationen im lateinamerikanischen Raum, und die Vereinigten Staaten gäben, falls sie auf die Forderungen eingingen, freiwillig einen Teil ihres Ansehens, das sie während der Kuba-Krise bei den südamerikanischen Völkern erworben haben, wieder freiwillig aus der Hand. Es ist aber nach dem bisherigen Verlauf der Kuba-Krise so gut wie ausgeschlossen, daß sich Präsident Kennedy auf dieses durchsichtige Spiel einlassen wird, auch wenn

die Sowjets die amerikanische Ablehnung dieser Forderung propagandistisch auszunutzen versuchen werden. Etwa in der Form: „Wir, die große Sowjetunion, sind um des lieben Friedens willen auf alle eure Forderungen eingegangen. Ihr aggressiven Amerikaner seid aber nicht einmal bereit, uns diese geringfügige Konzession zu machen.“

Wer die Sowjets kennt, weiß, daß die Sache in Wirklichkeit ganz anders aussieht, und Mikojan wird bei seinen Besprechungen mit den Amerikanern sich sicher davon überzeugen müssen, daß auch Washington durchaus die Absicht der Sowjets erkannt hat.

Jetzt um „Christliche Einheit“ Neues Diskussions thema auf dem Konzil

Vatikanstadt (ap/dpa/upi). Das Vatikanische Konzil hat am Montag mit der Debatte über das Thema „Christliche Einheit“ begonnen. Kardinal Cicognani legte den Konzilsvätern eine These „Ut unum sint“ vor, die als Diskussionsgrundlage dient. Ein Vatikan-Sprecher bekanntgab, richtet sich diese These ausschließlich an die östlichen orthodoxen Kirchen, mit denen die römisch-katholische Kirche sich „im Glauben vereint fühlt“, während es Meinungsverschiedenheiten über einige dogmatische Fragen gibt. Auf dem Konzil soll nun versucht werden, die Möglichkeiten für eine Wiedervereinigung der orthodoxen Kirchen mit der römisch-katholischen Kirche zu sondieren.

Zuvor hatte das Konzil die Aussprache über das Thema „Kommunikationsmittel“ (Presse, Rundfunk, Fernsehen usw.) abgeschlossen und die betreffende These zur Überarbeitung an den Ausschuß zurückgegeben.

▲ Eine Gruppe Konzilsväter hat den Papst gebeten, innerhalb des Konzils ein besonderes Sekretariat zu schaffen, das die Bevölkerungszunahme in der Welt studieren soll.

▲ Die acht Kardinäle der vom Papst eingesetzten Sonderkommission zur Umarbeitung des Schemas über die Glaubensquellen traten erstmals unter dem Vorsitz ihrer beiden Präsidenten, der Kurienkardinäle Ottoviani und Bea, zusammen. Der Kommission gehört auch Kardinal Frings (Köln) an.

Flucht durch eisiges Wasser

Drei Mitteldeutsche schwammen
unbemerkt in die Freiheit

Berlin (ap). Drei Männer aus der Sowjetzone im Alter zwischen 18 und 27 Jahren sind in der Nacht zum Sonnabend im Süden Berlins durch ein Grenzgewässer unbemerkt nach West-Berlin geschwommen. Wegen der starken Unterkühlung — die Temperatur war ganz nahe am Gefrierpunkt — mußten sie in ein Krankenhaus gebracht werden.